



Bundesministerium
der Verteidigung

-1880020-V690-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Inge Höger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Markus Grübel

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

Berlin, 24. Oktober 2017

Sehr geehrte Frau Kollegin,

auf Ihre Schriftliche Frage 10/102,

„Inwiefern trifft ein Bericht der Wochenzeitung DIE ZEIT zu, wonach die Bundesregierung über ein Abkommen mit der Regierung des Staates Israel über einen größeren Finanzierungsbeitrag für die Beschaffung von drei U-Booten für die israelische Marine wegen dortigen Korruptionsermittlungen mit einer Klausel zum Wirksamwerden des Abkommens versehen wollte, dass die Ergebnisse der Ermittlungen abgewartet werden sollten und der Verkauf beim Nachweis von Schmiergeldzahlungen nicht erfolgen sollte, diese Klausel dann aber wieder zurückgezogen wurde („Israel drängt Kanzleramt zur Zustimmung zum U-Boot-Deal“, zeit.de vom 11. Oktober 2017), und welche Hinweise sind der Bundesregierung derzeit darüber bekannt, dass auch beim Verkauf von vier deutschen Korvetten Schmiergelder geflossen sein könnten, da dem Bericht zufolge von politischer Seite darauf gedrängt worden sei, eine internationale Ausschreibung zu stoppen, damit thyssenkrupp den Auftrag erhält?“

eingegangen beim Bundeskanzleramt am 16. Oktober 2017, teile ich Ihnen mit:

Das am 23. Oktober 2017 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung des Staates Israel und der Bundesregierung über einen Finanzierungsbeitrag für die Beschaffung von drei U-Booten für die israelische Marine in Deutschland enthält Klauseln zum Wirksamwerden des Abkommens. Darüber hinaus macht die Bundesregierung zu vertraulichen Verhandlungen mit Regierungen sowie offiziellen Vertretern anderer Staaten aus Staatswohlgründen keine Angaben, um die auswärtigen

Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland nicht zu gefährden. Derartige Verhandlungen sind Akte der Staatslenkung und somit unmittelbares Regierungshandeln. Sie unterliegen dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Eine Auskunft über Einzelheiten dieser Verhandlungen kommt daher aufgrund ihrer einengenden Wirkung auf den weiteren Verhandlungsverlauf bei einer Abwägung des parlamentarischen Informationsinteresses mit dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung nicht in Betracht.

Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse über angebliche Korruption beim Verkauf von Korvetten vor, die über die von Ihnen erwähnte Pressebeichterstattung hinausgehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Markus Gröbel'. The signature is stylized with a large, circular flourish at the end.

Markus Gröbel